

"Rollen der Akteure bei Krisenbewältigung klären" : Interview

Autor(en): **Münger, Kurt / Aebischer, Pascal / Maurer, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz**

Band (Jahr): **2 (2009)**

Heft 4

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-357868>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesrat Ueli Maurer zum Bevölkerungsschutz

«Rollen der Akteure bei Krisenbewältigung klären»

Bundesrat Ueli Maurer ist seit Anfang Jahr nicht nur Verteidigungsminister, sondern auch oberster Bevölkerungsschützer. Im Gespräch schildert er seine bisherigen Erfahrungen mit dem Bevölkerungsschutz. Und er zeigt auf, wo er noch Verbesserungspotenzial sieht: Klären will er insbesondere Fragen der Führung bei der Bewältigung von Katastrophen, die mehrere Kantone betreffen.

Herr Bundesrat Maurer, seit Anfang Jahr sind Sie oberster Bevölkerungsschützer der Schweiz. Wann ist Ihnen das erstmals bewusst geworden?

Eigentlich schon am ersten Tag. Der Bevölkerungsschutz ist der Bereich, den ich am wenigsten gut kenne. Da fragt man sich gleich: Was ist eigentlich die Aufgabe? Was muss ich da tun?

Welche Erfahrungen mit dem Bevölkerungsschutz hatten Sie vor Ihrem Amtsantritt?

Wie ich angedeutet habe: nicht sehr viele. Ich war Ende der 1970er und in den 1980er Jahren Gemeinderat in Hinwil. Da habe ich mitbekommen, wie viel Geld die Schweiz damals für den Zivilschutz ausgegeben hat: Die Gemeinde erhielt viel Zivilschutzmaterial vom Kanton zugewiesen und wir mussten dafür grosse Lagerräume errichten. Das war eben noch die Epoche des Kalten Krieges.

Eine ganz persönliche Episode fällt mir zudem ein: In unserem Haus haben wir einen Schutzraum für sechs Personen. Als unser sechstes Kind zur Welt kam, wurde mir und meiner Frau von offizieller Seite klargemacht, dass dies unter dem Aspekt der Schutzplatzzuweisung ein gewisses Problem war (lacht).

Mit welchen Themen aus dem Bevölkerungsschutz haben Sie sich seit Ihrem Amtsantritt bereits besonders beschäftigt?

Ich habe mittlerweile mehrere intensive Gespräche mit Willi Scholl, dem Direktor des BABS, geführt. Dabei ging

es insbesondere um den Beitrag des BABS im Rahmen des Projekts «VBS+», mit dem wir auch Verbesserungen bei der sicherheitspolitischen Koordination realisieren wollen. Die Rolle der verschiedenen Akteure bei der Krisenbewältigung auf Bundesstufe ist zu klären. Damit befasse ich mich eigentlich täglich – und lerne dauernd dazu.

In meiner Funktion als Vorsteher des VBS muss ich den Blick von oben auf das Thema richten, das ist meine Aufgabe. Ich glaube aber, dass es in einer Führungsposition wichtig ist, gelegentlich die Perspektive zu wechseln und einen Auftrag auch von unten zu betrachten. Ich habe deshalb in letzter Zeit bewusst verschiedene lokale Gewerbeausstellungen besucht, an denen der Bevölkerungsschutz mit seinen Partnerorganisationen präsent war. So wollte ich mir vor Ort ein Bild machen. Ich wollte sehen, wie der Bevölkerungsschutz heute an der Basis funktioniert, wie auf Gemeindeebene die Ausbildung läuft und wie die Zusammenarbeit im Verbund organisiert ist.

Und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen? Haben wir beim Bevölkerungsschutz schon erreicht, was Sie mit der Armee anstreben: den besten Bevölkerungsschutz der Welt?

Nein, das würde ich nicht behaupten – schon nur darum nicht, weil es zum Stillstand verleiten könnte. Ich bin auch überzeugt, dass wir in wesentlichen Bereichen noch Verbesserungen erzielen müssen, damit wir unserer Aufgabe vollumfänglich nachkommen können.



«Bei grösseren Ereignissen, wenn mehrere Kantone betroffen sind, sehe ich noch gravierende Schwächen.»

Mein Eindruck von der Arbeit an der Basis ist zwar durchaus positiv. Ich glaube, dass der Bevölkerungsschutz bei der Bewältigung von Katastrophen von lokalem Ausmass gut funktioniert. Die örtlichen oder regionalen Einsatzkräfte wissen, was sie zu tun haben, was sie können und mit wem sie wann zusammenarbeiten müssen. Vor Ort funktioniert die gegenseitige Unterstützung im Verbundsystem gut, vor Ort gibt es auch übersichtliche und klare Führungsstrukturen.

Bei grösseren Ereignissen jedoch, wenn mehrere Kantone betroffen sind, sehe ich noch gravierende Schwächen. Wenn in einer besonderen Lage die Mittel der Region oder des Kantons nicht mehr ausreichen, dann muss die interkantonale Hilfe einsetzen. Erst dann, in dritter Stufe also, können zudem Bundesmittel angefordert werden. Die Armee kommt ja, wenn überhaupt, zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen nur unter der Führung der zivilen Behörden zum Einsatz. Für diese Fälle, wenn ein Ereignis die Kräfte der lokalen oder regionalen Einsatzmittel übersteigt, muss die Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen noch verbessert werden.

Wo hapert es denn?

Ich habe es schon angesprochen: Wir müssen die Funktionen und die konkreten Aufgaben der verschiedenen Akteure bei der Bewältigung einer möglichen grösseren Krise verbindlich definieren. Im Zentrum steht für mich die Führungsfrage: Bei einem örtlichen, begrenzten Ereignis führt der Feuerwehrkommandant oder das Gemeindeführungsorgan. Aber wie sieht es aus, wenn es sich um eine besondere Lage in einem grösseren Gebiet handelt, wenn ein Ereignis viele Tage oder gar Wochen dauert und wenn mehrere Kantone betroffen sind? Wer führt dann? Welche Stäbe sind betroffen? Wo sind diese organisatorisch und geografisch angesiedelt? Wie bringt sich hier der Bund ein? Welches Departement ist wann zuständig? Ich habe den Eindruck, dass jeder Stab für sich genommen durchaus in der Lage wäre zu führen; aber die Zusammenarbeit zwischen den Stäben würde wohl kaum reibungslos klappen. Es sind einfach zu viele Punkte unklar. Bei der Lösung dieser Aufgaben muss der Bund seine Scharnier- und Koordinationsfunktion noch besser wahrnehmen können.



«Der Bund soll dort koordinieren, wo er gefragt ist – nicht gegen die Kantone, sondern im Einverständnis und gemeinsam mit ihnen.»

Was soll der Bund konkret machen?

Wichtig sind in erster Linie Übungen: Übungen müssen aufzeigen, wo Verbesserungen erforderlich sind. Der Bund kann durch die Veranstaltung von gemeinsamen Übungen den beteiligten Organisationen Mängel aufzeigen. Ich bin überzeugt, dass die betroffenen Stellen die erforderlichen Verbesserungen in Angriff nehmen, wenn sie von der Notwendigkeit überzeugt sind. Diese Notwendigkeit können wir ihnen nicht verordnen, sie müssen diese selbst erfahren. Das geht nur mit Übungen.

Kürzlich hat der Präsident der nationalrätlichen Sicherheitskommission, Ihr Parteikollege Nationalrat Bruno Zuppiger, öffentlich kritisiert, dass die Entwicklung beim Zivilschutz stark auseinanderlaufe. Der Bund müsse deshalb mit den Kantonen eine Bestandesaufnahme machen und wieder für mehr Einheitlichkeit sorgen.

Ich habe grössten Respekt vor der Hoheit der Kantone und vor dem Föderalismus. Überall dort, wo wir funktionierende Strukturen haben, wehre ich mich gegen Zentralismus. Der Zivilschutz ist primär Sache der Kantone – und ich bin der Auffassung, dass dies grundsätzlich so bleiben soll. Deshalb sehe ich keine Notwendigkeit, dass der Bund hier zusätzlich tätig werden muss. Der Bund muss allerdings sicherstellen, dass die Kantone den

Bevölkerungsschutz genügend ernst nehmen, dass sie ihre Aufgaben erledigen. Inhaltlich geht es darum, bestimmte Standards zu definieren und dann auch durchzusetzen, bei der Ausbildung besonders und vielleicht auch bei der Ausrüstung. Die Zusammenarbeit muss funktionieren, schon innerhalb einer Gemeinde zwischen den verschiedenen Partnerorganisationen und dann eben insbesondere interkantonal. Der Bund soll also dort koordinieren, wo er gefragt ist – aber nicht gegen die Kantone, sondern im Einverständnis und gemeinsam mit ihnen.

Umgekehrt betrachte ich die Auffassung, dass die Kantone nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden dürfen. Ich bin denn auch dagegen, die finanziellen Lasten für den Zivilschutz zulasten des Bundes neu zu verteilen, wie dies gelegentlich gefordert wird.

Das BABS bereitet zurzeit eine Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes vor. Dabei geht es insbesondere um die Schutzraumbaupflicht. Wie stehen Sie zu dieser Reform?

Für mich ist klar: Wir haben für relativ viel Geld Schutzbauten erstellt und wir haben Ersatzabgaben eingefordert. Vielleicht hat diese Infrastruktur heute nicht mehr die gleiche Bedeutung wie zu der Zeit, als ein Atomkrieg drohte, aber wir wissen nicht, was die Zukunft bringt.

Es wäre fahrlässig, dies einfach auszublenden. Die gute Schutzinfrastruktur, die wir in der Schweiz haben, soll auch in einer heute nicht voraussagbaren Zukunft ihren Zweck erfüllen können. Deshalb müssen wir jetzt dafür sorgen, dass sie erhalten bleibt und weiterhin benutzt werden kann.

Mit Blick auf die privaten Schutzräume heisst dies: Ein weiterer Ausbau ist nur dort erforderlich, wo es noch grössere Lücken gibt. Für die bestehenden Schutzräume muss aber die Werterhaltung sichergestellt werden. Werterhaltung vor Ausbau also – das ist die vom Bundesrat vorgeschlagene Stossrichtung, die ich voll und ganz unterstütze.

Blicken wir noch etwas weiter in die Zukunft: In Bevölkerungsschutzkreisen wird regelmässig über die Einführung von neuen, umfassenderen Formen der Dienstpflicht diskutiert. Was halten Sie von solchen Überlegungen?

Bei dieser Diskussion geht es um die Frage, ob die gesetzliche Dienstpflicht künftig auch in zivilen Institutionen im Bereich des Katastrophenschutzes absolviert werden kann, in einem wie auch immer ausgebauten Zivilschutz oder in der Feuerwehr, vielleicht auch im Sanitätsbereich oder in einer Führungsorganisation. Grundsätzlich ist dieses Anliegen sympathisch – und angesichts der heutigen Bedrohungen ist es eigentlich auch logisch. Der Ansatz ist also sicherlich interessant, vielleicht gehen wir einmal in diese Richtung.

Ich glaube aber nicht, dass wir diesen Schritt in absehbarer Zeit gehen können; dazu sind wir nicht reif. Die Situation ist doch jetzt schon komplex: Ein Zivilschutzverantwortlicher hat mir jüngst erklärt, er habe zu wenig Schutzdienstpflichtige, er bräuchte mehr als die zwei ihm bei der Rekrutierung zugeteilten. Meine Heimatgemeinde dagegen bildet nur zwei Schutzdienstpflichtige aus, alle anderen werden direkt in die Reserve abgeschoben. Diese Widersprüche zeigen mir, dass das bisherige Rekrutierungssystem noch nicht ausgefeilt ist. Wir sollten es deshalb nicht schon wieder weiterentwickeln. Vielleicht sind gewisse Verbesserungen möglich, ohne gerade eine allgemeine Dienstpflicht mit fester Zuteilung einzuführen. Solchen Überlegungen verschliesse ich mich nicht.

Können Sie sich vorstellen, die Einsatzmittel auf Bundesebene neu zu verteilen und die zivile Seite zu stärken? Was halten Sie beispielsweise von einer Integration der Rettungstruppen in den Bevölkerungsschutz?

Ich sehe hier keinen Handlungsbedarf. Wo die Mittel sind, spielt im Prinzip keine Rolle. Sie müssen zur richti-

gen Zeit für die richtige Stelle verfügbar sein. Und wenn Rettungstruppen von einer zivilen Stelle gebraucht werden, können sie unterstellt oder zugewiesen werden. Das ist doch überhaupt kein Problem. Umgekehrt bin ich der Auffassung, dass die Rettungstruppen bei der Armee richtig angesiedelt sind, aus Gründen der Ausbildung oder auch der Administration zum Beispiel.

Es ist nicht der richtige Weg, auf Bundesebene neue Einsatzmittel für den Zivilschutz zu schaffen oder zu unterstellen. Das wäre eher ein Prestigeobjekt als eine wirkliche Verbesserung – so was hat der Bevölkerungsschutz in der Schweiz doch gar nicht nötig.

Herr Bundesrat, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview:

Kurt Mürger

Chef Strategie/Kommunikation, BABS

Pascal Aebischer

Stv. Chef Kommunikation, BABS